



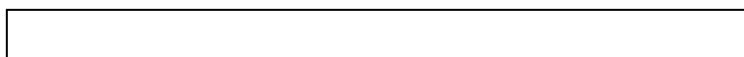
Presseerklärung des Sicherheitsrats zu den Anschlägen auf die Mehrdimensionale integrierte Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali (MINUSMA)

NEW YORK, 8. Dezember 2021 – Die Mitglieder des Sicherheitsrats verurteilten auf das Schärfste die Serie von Anschlägen, die in den vergangenen Tagen in den Regionen Bandiagara, Kidal, Gao und Menaka auf die MINUSMA verübt wurden und bei denen sieben Friedenssicherungskräfte aus Togo und ein malischer Auftragnehmer der MINUSMA getötet sowie drei weitere Friedenssicherungskräfte aus Togo und ein malischer Auftragnehmer der MINUSMA verletzt wurden. Auch eine ägyptische Friedenssicherungskraft erlag ihren bei einem Anschlag im vergangenen Monat erlittenen Verletzungen.

Die Mitglieder des Sicherheitsrats sprachen den Angehörigen der Opfer sowie Ägypten, Mali, Togo und der MINUSMA ihr tiefstes Beileid und Mitgefühl aus. Sie wünschten den Friedenssicherungskräften und dem Auftragnehmer, die verletzt wurden, eine rasche und vollständige Genesung. Sie bekundeten ihre Hochachtung für die Friedenssicherungskräfte, die ihr Leben riskieren.

Die Mitglieder des Sicherheitsrats forderten die Übergangsregierung Malis auf, diese Anschläge unverzüglich zu untersuchen und die Tatverantwortlichen vor Gericht zu bringen. Sie unterstrichen, dass Anschläge auf Friedenssicherungskräfte Kriegsverbrechen nach dem Völkerrecht darstellen können. Sie betonten, dass die Beteiligung an der Planung, Steuerung, Förderung oder Durchführung von Angriffen auf Friedenssicherungskräfte der MINUSMA eine Grundlage für Benennungen zum Zweck von Sanktionen gemäß Resolutionen des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen darstellt.

Die Mitglieder des Sicherheitsrats bekräftigten, dass der Terrorismus in allen seinen Arten und Erscheinungsformen eine der schwersten Bedrohungen des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit darstellt. Sie unterstrichen, dass diejenigen, die diese verwerflichen terroristischen Handlungen begangen, organisiert, finanziert und gefördert haben, vor Gericht gestellt werden müssen. Sie betonten, dass die für diese Tötungen Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen sind, und forderten alle Staaten ö7 d



SC/